

Die gegenwärtige Lage in der Energieversorgung

Ein Beitrag zum Verständnis der Kohlen- und Stromkrise

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Problematik	242	Gaswerke	248
Die Kohlenwirtschaft	243	Industrie	249
Inlandsförderung	244	Hausbrand	249
Auslandslieferung	245	Besatzungsmächte	250
Gesamtbelieferung	247	Hütte Linz	250
Der Kohlenverbrauch	247	Die Elektrizitätswirtschaft	251
Eisenbahnen	247	Die Erdölwirtschaft	255
Stromerzeugung	248		

Die ungenügende Versorgung mit Kohle- und Strom hat bereits in den letzten Monaten des Jahres 1946 zu einer zunehmenden Lähmung der Wirtschaft und an der Jahreswende zu einem verhängnisvollen Zusammenbruch großer Teile unseres Wirtschaftslebens geführt. Die erst in einem späteren Zeitpunkt auftretenden Auswirkungen der Energiekrise auf die nachgeordneten Industrien, wie z. B. auf die Eisenindustrie, können zur Zeit überhaupt noch nicht abgeschätzt werden.

Allgemeine Problematik

Überraschenderweise spiegelt die Gesamtversorgung Österreichs mit Energie (Kohle, Erdöl und elektrische Energie) im Jahre 1946 durchaus nicht jenen katastrophalen Tiefstand wieder, den man auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage zunächst erwarten würde. Die Versorgung ist, verglichen mit dem Jahr 1937, nicht wesentlich mehr eingeschränkt als in vielen anderen Ländern. Der Verbrauch an elektrischer Energie hat den des Jahres 1937 sogar weit überschritten.

So sehr es im Hinblick auf die bevorstehenden großen Aufgaben des wirtschaftlichen Wiederaufbaues darauf ankommt, durch eine mögliche Steigerung der Kohlen- und Erdölförderung sowie durch eine Sicherung der erforderlichen Kohlenimporte die vorhandene Energiebasis zu verbreitern, so liegt die gegenwärtige Problematik der österreichischen Energiewirtschaft zumindest ebenso sehr in der *Ökonomisierung des Energieverbrauches*. Eine

Gegenüberstellung des Verhältnisses von Produktion und Kohlenverbrauch in der Zeit vor dem Kriege und heute zeigt ein außerordentliches Absinken der relativen Produktionsleistungen. Die Gründe hierfür sind verschiedener Natur und im einzelnen, z. B. wo es sich um die Feststellung qualitativer Verschlechterungen einzelner Kohlensorten oder um die Erfassung des direkten oder indirekten Verbrauches der Besatzungsmächte handelt, sehr schwierig erfassbar.

Einer der wichtigsten Gründe für den unverhältnismäßig hohen Energieverbrauch liegt darin, daß ein Großteil der Industrie heute nur mit einer *geringen Kapazitätsausnutzung* arbeitet, aus technischen Gründen aber nicht im gleichen Maß den relativ unelastischen Energieverbrauch drosseln kann. Zahlreiche Industrien, die nur mit 20 oder 30% ihrer Kapazität produzieren, verbrauchen trotzdem 50 bis 70% der Energiemenge, die sie bei voller Kapazitätsausnutzung brauchen würden. Die Kapazitätsausnutzung in den einzelnen Industrien ist stark verschieden und kann nicht mit Genauigkeit angegeben werden. Für die Gesamtindustrie wird jedoch mit einer Produktion von etwa einem Drittel der Kapazität gerechnet. Besonders jene Industrien, die in energiewirtschaftlicher Hinsicht von besonderer Bedeutung sind, haben diesen Durchschnitt bis jetzt kaum überschritten. Dazu kommt, daß die in Betrieb befindlichen Anlagen größtenteils überaltert sind und im Hinblick auf ihren Energieverbrauch sehr unrationell arbeiten.

Der einzige Weg, diesen unwirtschaftlichen Zustand zu beseitigen, wäre eine Zusammenfassung der Produktion in einem Teil der Fabriken, die dann voll ausgenutzt wären, und die Stilllegung der übrigen, die auf Grund der Rohstoff- und Energieknappheit nicht mehr zur Produktion herangezogen werden können. Dadurch würde in einzelnen Industrien eine wesentliche Energieersparnis erzielt werden, die auf anderen Gebieten wieder zur Erhöhung der Erzeugung verwendet werden könnte. Wenn z. B. fünf Fabriken desselben Produktionszweiges mit 20% ihrer Kapazität arbeiten, aber 50% der Kohle verbrauchen, würde durch die Zusammenlegung der Erzeugung in einer Fabrik mehr als die Hälfte des Kohlenverbrauches aller fünf Fabriken erspart werden.

Gewiß können gegen so rigorose Maßnahmen schwerste Bedenken vorgebracht werden. Auf der anderen Seite jedoch bewirkt die dauernd geringe Kapazitätsausnützung und die unwirtschaftliche Vergeudung der ohnehin so knappen Kohle nicht nur eine schwere Beeinträchtigung der Inlandsversorgung, sondern vor allem auch eine Verschlechterung der ohnehin geringen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie auf den Auslandsmärkten.

Der österreichischen *Kohlenbewirtschaftung* hat bis in die jüngste Zeit der Überblick über die letzte Verwendung der an die Verbraucher gelieferten Kohlen gefehlt. Sie mußte sich damit begnügen, Quoten festzulegen, die den einzelnen Verbrauchern eine bestimmte Menge zur Verwendung freigibt, ohne die Möglichkeit einer Überprüfung, wie die zuteilte Kohle tatsächlich verwendet wird, bzw. ob der Kohlenverbrauch mit den Produktionserfolgen auch im Einklang steht¹⁾. Dabei wäre die Kohlenbewirtschaftung, unter Mitwirkung der Fachverbände der Industrie, das geeignetste Instrument, die Produktion nach gesamtwirtschaftlichen optimalen Gesichtspunkten zu lenken. Die Voraussetzung hierfür wäre allerdings eine verlässliche *Produktionsstatistik*, die alle in Frage kommenden kohlenverbrauchenden Betriebe lückenlos

¹⁾ Wegen der katastrophalen Lage der Energieversorgung um die Jahreswende wurde von den zuständigen Stellen ein Programm aufgestellt, das den Bedarf der lebensnotwendigen Industrien sichern soll. Es wurden alle Industriezweige und Betriebe festgelegt, die unter allen Umständen mit Energie beliefert werden müssen, während der Rest nicht beliefert wird. Es handelt sich um die Industriezweige: Kohlenbergbau, Salinen und Magnesitindustrie, Erdölindustrie, Molkereien und Bäckereien, Tabakindustrie, Privatbahnen, Wäschereien und übrige Lebensmittelindustrie, sowie um rund 150 besonders wichtige Betriebe anderer Gruppen.

erfaßt und genauen Aufschluß sowohl über die monatlichen Produktionsleistungen als auch über den gleichzeitigen Brenn- und Rohstoffbedarf gibt. Die im vergangenen Jahre in den einzelnen Bundesländern durchgeführten monatlichen Produktionserhebungen haben diese Voraussetzungen noch nicht zu erfüllen vermocht²⁾. Durch die Reorganisation und Vereinheitlichung der monatlichen Produktionserhebungen und ihrer zentralen Auswertung in der Bundeswirtschaftskammer sind nunmehr die statistischen Grundlagen für eine rationelle Bewirtschaftung der Brenn- und Rohstoffe sowie ein genauere Einblick in die Produktionsverhältnisse der österreichischen Industrie geschaffen worden. Dieser Produktionsstatistik kommt um so größere Bedeutung zu, als unsere Wirtschaft voraussichtlich auch noch in den kommenden Jahren mit größeren Schwierigkeiten in der Energieversorgung rechnen muß.

Die Kohlenwirtschaft

Im Jahre 1937 mußten 66,6% des Kohlenbedarfes³⁾ durch Importe gedeckt werden, während die eigene Förderung nur 33,4% erbringen konnte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Jahr 1937 infolge der weitgehenden wirtschaftlichen Stagnation und Unterbeschäftigung der Industrie einen stark verringerten Kohlenbedarf gegenüber einem Normaljahr aufwies⁴⁾. Die Annahme des Jahres 1937 als Normaljahr ist daher für jede planwirtschaftliche

²⁾ Die bisherigen monatlichen Fabrikationsberichte der Industriebetriebe haben im einzelnen wohl wertvolle Aufschlüsse über Produktionsleistungen erbracht und den regionalen Bewirtschaftungsstellen auch eine gewisse Handhabe bei der Zuteilung der bewirtschafteten Brenn- und Rohstoffe gegeben. Im ganzen jedoch ermöglichte die bisherige Produktionserhebung keinen Überblick über die tatsächlich geleistete Produktion, da die länderweisen Erhebungen bisher zu wenig repräsentativ und die Durchführung der Erhebungen in den einzelnen Bundesländern uneinheitlich war.

³⁾ Auf Steinkohlenbasis gerechnet.

⁴⁾ Siehe Übersicht 1.

Entwicklung der Gesamtversorgung Österreichs mit mineralischen Brennstoffen¹⁾ (auf Steinkohlenbasis gerechnet)

[Übersicht 1]

Jahr	Inland		Ausland		Insgesamt	
	1000 t	1937=100	1000 t	1937=100	1000 t	1937=100
1929 .	1.921	116,4	6.362	192,8	8.283	167,3
1937 .	1.650	100,0	3.300	100,0	4.950	100,0
1946 .	1.108	67,2	2.183	66,2	3.154	63,7
1947 ²⁾	1.420	86,1	3.250	98,5	4.670	94,3
1950 ²⁾	1.700	103,0	3.450	104,5	5.150	104,0

¹⁾ Ohne Eigenverbrauch des inländischen Bergbaus. — ²⁾ Geschätzt.

Überlegung sehr irreführend. Der unter Zugrundelegung des Jahres 1937 errechnete Kohlenverbrauch für die nächsten Jahre wird bei einigermaßen normaler Beschäftigung unserer Wirtschaft in keiner Weise ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf zu befriedigen. Gegenüber dem Jahre 1929 mit verhältnismäßig guter Beschäftigung betrug die Einfuhr des Jahres 1937 (auf Steinkohlenbasis) nur 51·8%. Aber auch im Vergleich zum Durchschnitt 1922 bis 1936, der auch alle Jahre der Wirtschaftskrise berücksichtigt, war der Kohlenverbrauch für 1937 nur 86·4%.

Da die inländische Kohlenförderung relativ konstant war und auch kaum entscheidend vergrößert werden kann (obwohl Fachleute eine Steigerung der Förderung bei Braunkohle um 50% für möglich halten), mußte jeder Mehrbedarf durch die Einfuhr gedeckt werden. Aus diesem Grunde deckte im Jahre des höchsten Kohlenverbrauches (1929) der heimische Bergbau nur 23% des Bedarfes, während 77% eingeführt werden mußten. Diese Abhängigkeit von der Kohleneinfuhr hat auch nach dem zweiten Weltkrieg wieder zu einer Kohlenkrise geführt, unter der heute die gesamte Wirtschaft zusammenzuberechnen droht.

Inlandsförderung

Der inländische Kohlenbergbau, vor allem der einzige namhafte Steinkohlenbergbau, hat durch den Krieg und durch die Nachkriegsereignisse sehr gelitten. Der fast vollständige Mangel an Betriebsmitteln, vor allem aber die unzureichende Ernährung der Bergarbeiter, hat in den ersten Monaten nach Kriegsende die Förderung außerordentlich zurückgehen lassen und teilweise sogar zum Stillstand einzelner Reviere geführt. Trotz aller

Schwierigkeiten ist es aber gelungen, die Förderung vor allem in den größten Revieren sehr bald wieder beachtlich zu steigern (siehe Übersicht 2).

Der *Steinkohlenbergbau* hat nach wie vor seinen Schwerpunkt in Niederösterreich (Grünbach), daneben bestehen noch zwei kleinere Bergbaue in Oberösterreich und Tirol, die erst nach dem Krieg in Betrieb genommen wurden; ihre Förderung hat nur lokale Bedeutung. Die gesamte Lieferung des Steinkohlenbergbaues ist nach der vorübergehenden völligen Einstellung nach Beendigung der Kampfhandlungen ständig gestiegen. Während sie im Dezember 1945 erst 29·8% des Durchschnitts von 1937 betrug, erreichte sie im Dezember 1946 schon 63·7%. Da der Bergbau in Grünbach schwere Schäden erlitten hat, ist es unmöglich, in absehbarer Zeit die Friedensförderung zu erreichen.

Der *Braunkohlenbergbau* in den westlichen und südlichen Bundesländern hat seine Arbeit nach Beendigung des Krieges ohne nennenswerte Unterbrechung fortgesetzt. Schäden an den Förderanlagen sind dort kaum entstanden. Die Förderleistung wurde nur durch den Mangel an Arbeitskräften, Betriebsmitteln und durch die unzureichende Ernährung der Arbeiter beeinträchtigt. Sie blieb auch während des ganzen Jahres 1946 ein Spiegelbild der Ernährungslage (siehe Abb. 1 und Übersicht 2). Bei der Beurteilung der Förderung ist allerdings zusätzlich noch zu berücksichtigen, daß der starke Rückgang der Förderung in einzelnen Revieren zum Teil auch auf die Erschöpfung der Vorräte, auf die verminderte Abbauwürdigkeit oder, wie in Niederösterreich und im Burgenland, auf Kriegsschäden zurückzuführen ist.

Insgesamt hat die Braunkohlenlieferung im Durchschnitt des Jahres 1946 78·1% des Ausmaßes

Lieferung inländischer Kohle aus den einzelnen Bundesländern ¹⁾
(Einschließlich Eigenverbrauch der Bergwerke)

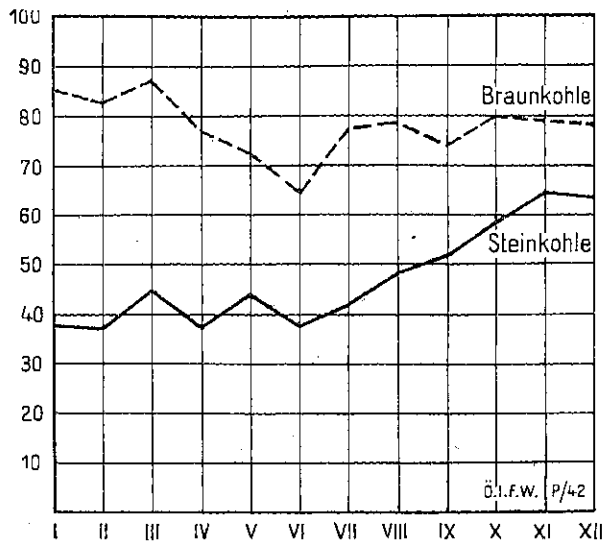
[Übersicht 2]

Zeit	Nieder- österreich		Mit- tel- stmk.	Ober- stmk.	Kärn- ten	Ober- österreich		Tirol	Vor- arl- berg	Bur- gen- land	Gesamtlieferung						
	Stein- kohle	Braunkohle			Stein- kohle	Braun- kohle	Stein- kohle	Braunkohle		Steinkohle	Braunkohle		Steinkohle u. Braunkohle zus.				
	1000 t											1000 t	1937=100	1000 t	1937=100	1000 t	1937=100
Ø 1937	19'1	19'7	88'7	75'6	13'5	—	51'0	—	3'7	—	8'6	19'1	100'0	260'8	100'0	280'0	100'0
1945 XII.	5'6	2'2	91'4	38'7	11'9	—	46'5	0'1	1'3	—	1'2	5'7	29'7	193'3	74'1	199'0	71'1
1946 I.	6'5	2'8	102'8	44'1	13'6	0'1	55'5	0'5	1'9	0'1	2'0	7'2	37'4	222'6	85'4	229'8	82'1
II.	6'4	2'0	102'0	42'8	13'2	0'1	52'6	0'6	1'8	0'4	1'3	7'1	37'0	216'1	82'9	223'2	78'7
III.	7'7	2'5	102'1	44'8	15'4	0'5	59'1	0'4	1'9	0'0	1'8	8'6	44'9	227'5	87'2	236'0	84'3
IV.	6'1	1'5	88'4	38'9	13'3	0'6	55'8	0'4	1'5	0'0	1'7	7'1	37'2	201'1	77'1	208'2	74'4
V.	7'5	1'5	85'3	39'8	12'3	0'5	54'2	0'4	1'7	0'3	2'5	8'4	44'0	188'5	72'3	197'0	70'4
VI.	6'4	1'4	73'3	27'9	10'4	0'4	49'0	0'4	1'3	0'4	4'4 ²⁾	7'2	37'4	168'1	64'5	175'3	62'6
VII.	7'3	1'6	94'2	34'1	11'5	0'4	52'7	0'4	1'9	0'3	5'9	8'0	41'9	202'2	77'5	210'2	75'1
VIII.	8'9	1'4	97'9	35'1	11'7	—	49'9	0'3	1'9	0'6	5'5	9'2	48'2	204'1	78'3	213'3	76'2
IX.	9'6	1'9	90'0	33'6	11'6	—	48'4	0'2	1'2	0'5	6'1	9'8	51'4	193'3	74'1	203'1	72'6
X.	10'8	2'4	100'6	34'9	12'5	0'4	50'8	0'1	2'0	0'4	5'2	11'3	58'9	208'8	80'0	220'0	78'6
XI.	11'5	2'5	93'5	35'0	12'6	0'5	54'5	0'3	2'7	0'4	5'6	12'4	64'8	206'9	79'3	219'3	78'3
XII.	11'4	2'6	93'4	35'7	13'0	0'4	52'0	0'4	2'0	0'4	5'3	12'2	63'7	204'3	78'3	216'5	77'3
I.-XII.	100'3	23'9	1.123'5	437'6	151'2	3'9	634'4	4'3	21'8	3'9	47'2	108'5	47'2	2.443'4	78'1	2.551'9	76'0

¹⁾ Nach den Angaben der Obersten Bergbehörde in Wien. — ²⁾ Davon 1.463 t Nachtrag für Mai 1946.

Abb. 1. Lieferung inländischer Kohle.

(Natürlicher Maßstab. ϕ 1937 = 100)



Die Braunkohlenlieferung erreichte im März 1946 87,2% des Durchschnittes von 1937, sank im Juni auf 64,5%, stieg jedoch rasch wieder an und blieb bis zum Jahresende relativ konstant. Die Steinkohlenlieferung schwankte bis Juni um 40%, stieg dann bis November auf 64,8% und ging im Dezember auf 63,7% zurück.

vom Jahre 1937 erreicht. Die Gesamtbelieferung Österreichs mit Inlandskohle (auf Steinkohlenbasis gerechnet) folgt dieser Entwicklung, da der Anteil der inländischen Steinkohle an der Inlandsförderung nur 5,6% beträgt.

Auslandslieferung

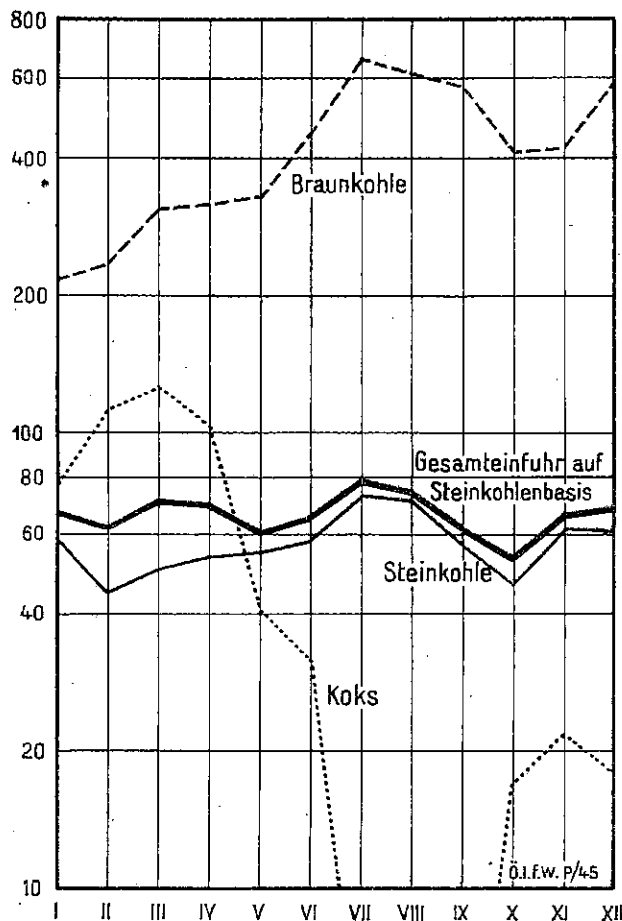
Die Kohleneinfuhr war von Monat zu Monat sehr verschieden, aus Gründen, die durch österreichische Stellen kaum beeinflusst werden konnten. Die Höhe der Steinkohleneinfuhr schwankte in den ersten zehn Monaten des Jahres 1946 zwischen 46% und 73% der Durchschnittseinfuhr von 1937; im Durchschnitt Jänner bis Oktober betrug sie 57% (siehe Abb. 2).

1937 war die Braunkohleneinfuhr mit 15.431 Monatstonnen sehr gering; der Braunkohlenbedarf wurde fast zur Gänze aus dem Inland gedeckt. Im Durchschnitt Jänner bis Oktober 1946 wurden zwar 63.294 Monatstonnen Braunkohle eingeführt, ein wesentlicher Ausgleich für die stark verminderte Steinkohleneinfuhr konnte dadurch jedoch nicht erreicht werden.

Die Kokseinfuhr stieg in den ersten Monaten 1946 auf 126% des Jahres 1937, nahm aber dann stark ab und hörte schließlich ganz auf, als die Kokerei der Hütte Linz in Betrieb genommen wurde (siehe Abb. 2).

Abb. 2. Kohleneinfuhr nach Österreich

(Logarithmischer Maßstab. ϕ 1937 = 100)



Die Steinkohleneinfuhr schwankte um 60% des Durchschnittes von 1937, während die Braunkohleneinfuhr ein Mehrfaches von 1937 betrug. Die Kokseinfuhr war im ersten Vierteljahr rund 100% von 1937, sank aber dann vollständig ab. Die Gesamtkurve folgt wegen des mengenmäßig überragenden Anteiles der Steinkohle dieser Linie.

Die letzten beiden Monate des Jahres 1946 brachten, ganz im Gegensatz zur allgemeinen Energiemenge, ein beträchtliches Ansteigen der Kohleneinfuhren, einerseits durch Verstärkung der Lieferungen aus Deutschland, andererseits durch das Anlaufen der Importe auf Grund des österreichisch-polnischen Handelsvertrages. Während die Steinkohleneinfuhr im Oktober mit 47% (bezogen auf 1937) ihren niedrigsten Stand erreicht hatte, stieg sie in den Monaten November und Dezember auf 62% bzw. 61%. Die Braunkohleneinfuhr, hauptsächlich Lieferungen aus Deutschland, stieg in den letzten beiden Monaten ebenfalls erheblich an, und zwar im November auf 419% und im Dezember auf 583% von 1937. Auch die Koksimporte, die im Herbst fast vollständig aufgehört hatten, erhöhten sich wieder auf 22% bzw. 18% im November und

Dezember. Werden alle Importe auf *Steinkohlenbasis* umgerechnet, so ergibt das Jahr 1946 66% der Einfuhr von 1937. Der Monat Oktober weist mit 53% den niedrigsten Stand auf, während die Importe im November und Dezember mit 66% bzw. 68% sogar über dem Jahresdurchschnitt liegen.

Die Verschiebungen bei den Kohlenbezugsländern sind einerseits das Ergebnis der wirtschaftspolitischen Auswirkungen der militärischen Besetzungen, andererseits aber durch beträchtliche Veränderungen im volkswirtschaftlichen Aufbau der früheren Bezugsländer bedingt. Während aus den früheren Hauptbezugsländern Tschechoslowakei und Polen derzeit nur wenig Kohle nach Österreich gelangt, hat sich die Einfuhr deutscher Kohle gegenüber dem Jahre 1937 fast verdreifacht. Von der gesamten Steinkohleneinfuhr stammen heute über 90% aus Deutschland, während dieser Anteil in früheren Jahren höchstens 20 bis 25% betrug. Dieser Zustand wird von den maßgebenden Stellen nur als Notlösung angesehen. Österreich soll, wie vor allem der Alliierte Rat betont hat, wieder den Anschluß an seine früheren Lieferländer suchen. Eine wesentliche Kürzung der Lieferungen aus Deutschland wurde angekündigt und, wie die Einfuhrziffern zeigen, auch durchgeführt (siehe Übersicht 3).

Freilich müßte auch geprüft werden, ob und in welchem Ausmaß diese Rückkehr zum Kohlenbezug aus der Tschechoslowakei und Polen überhaupt möglich ist, selbst wenn man von der mangelnden Zahlungsfähigkeit Österreichs absieht. Gegenwärtig ist es noch kaum möglich, diese Frage endgültig zu beantworten. Tatsache ist, daß sowohl in der Tschechoslowakei als auch in Polen die grundlegenden Veränderungen der industriellen Struktur während und nach dem Kriege bedeutende Auswirkungen auf die Kohlenwirtschaft dieser Länder gehabt haben. Nach dem tschechoslowaki-

schen Zweijahresplan wird die Tschechoslowakei auf Grund der Veränderungen ihrer Wirtschaftsstruktur, wie z. B. durch die riesigen Braunkohlen-Hydrierwerke Brüx-Dux (Stalin-Werke), in den nächsten Jahren an einem akuten Kohlenmangel leiden, obwohl mit einer Erhöhung der Förderung gegenüber 1937 gerechnet wird. Eine Ausfuhr von Steinkohle kommt nach diesem Plan überhaupt nicht in Betracht¹⁾. Bei Braunkohle wird mit einem geringfügigen Export gerechnet (500.000 t).

Über die Verhältnisse in Polen liegen keine so genauen Angaben vor. Angesichts der verminderten Förderleistung, der vorliegenden Industrialisierungspläne sowie der vordringlichen Verpflichtung Polens zur Kohlenlieferung an Schweden und die UdSSR, wird möglicherweise auch Polen in den nächsten Jahren nicht annähernd soviel Steinkohle liefern können wie 1937.

Gegenwärtig kann noch nicht abgeschätzt werden, ob die Kohlenmengen, die von der Tschechoslowakei und Polen für die eigene Verwendung zur Produktionssteigerung oder zur Hydrierung vorgesehen sind, nicht stark überschätzt werden, bzw. wie weit der Prozeß der Produktionssteigerung in diesen Ländern tatsächlich durchgeführt werden kann. Die Normalisierung des Wirtschaftslebens wird auch hier vielleicht zu rückläufigen Bewegungen führen und dadurch erhöhte Ausfuhren ermöglichen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann auch über die Möglichkeiten einer Nutzbarmachung der umfangreichen jugoslawischen Kohlenlager, die sicherlich für die österreichische Wirtschaft von Bedeutung sein könnten, nichts gesagt werden.

Es ist daher heute noch nicht möglich, über unsere Aussichten für Kohlenimporte ein klares Bild zu gewinnen. Für die unmittelbare Zukunft

¹⁾ 1937 war die Tschechoslowakei der größte Steinkohlenlieferant Österreichs.

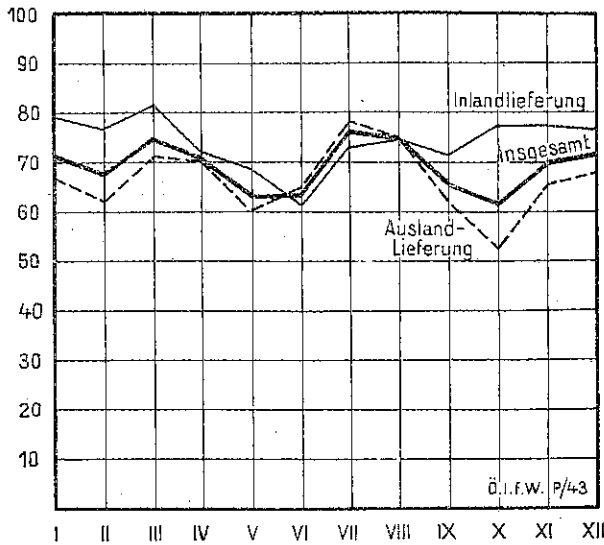
Gesamtlieferung Österreichs mit mineralischen Brennstoffen

[Übersicht 3]

Zeit	Inland			Ausland				Gesamtlieferung						
	Steinkohle	Braunkohle	Insges. auf Steinkohlenbasis gerechnet	Steinkohle	Braunkohle	Koks	Insges. auf Steinkohlenbasis gerechnet	Steinkohle	Braunkohle	Koks	Insges. auf Steinkohlenbasis gerechnet			
	1000 t			1000 t				1000 t						
	1937=100			1937=100				1937=100						
Ø 1929	16·6	287·0	160·1	107·0	443·2	49·3	62·3	530·2	192·8	459·8	336·3	62·3	690·3	162·6
Ø 1937	19·1	260·8	149·5	100·0	221·4	15·4	45·9	275·0	100·0	240·6	276·2	45·9	424·6	100·0
1946	7·2	222·6	118·5	79·2	131·1	33·4	34·7	182·6	66·4	138·3	256·0	34·7	301·0	70·9
II	7·1	216·1	115·1	77·0	100·8	36·3	51·9	170·9	62·1	107·9	252·5	51·9	286·0	67·4
III	8·6	227·5	122·3	81·8	112·8	47·5	58·0	194·5	70·7	121·4	275·0	58·0	316·8	74·6
IV	7·1	201·1	107·7	72·0	120·4	48·6	47·5	192·2	69·9	127·5	249·7	47·5	299·9	70·6
V	8·4	188·5	102·7	68·7	121·0	50·4	18·9	165·0	60·0	129·4	238·9	18·9	267·7	63·1
VI	7·2	168·1	91·2	61·0	128·2	69·7	14·8	177·8	64·7	135·4	237·8	14·8	269·0	63·4
VII	8·0	202·2	109·1	73·0	161·0	101·8	2·4	214·3	77·9	169·0	303·9	2·4	323·4	76·2
VIII	9·2	204·1	111·3	74·4	156·8	93·8	0·0	203·7	74·1	166·1	297·9	0·0	315·0	74·2
IX	9·8	193·3	106·5	71·2	125·5	87·9	1·0	170·4	62·0	135·3	281·2	1·0	276·9	65·2
X	11·3	208·8	115·7	77·3	105·0	63·5	7·7	144·5	52·5	116·3	272·3	7·7	266·2	61·3
XI	12·4	206·9	115·8	77·5	137·9	64·6	10·2	180·5	65·6	150·3	271·5	10·2	296·3	69·8
XII	12·2	204·3	114·4	76·5	135·0	90·1	8·4	188·4	68·5	147·2	294·4	8·4	302·8	71·3
I.—XII	108·5	2.443·4	1.330·1	74·1	1.535·6	787·7	255·3	2.184·9	66·2	1.644·0	3.231·1	255·3	3.515·0	69·0

Abb. 3. Belieferung Österreichs mit in- und ausländischer Kohle

(Natürlicher Maßstab. ϕ 1937 = 100)



Die Inlandlieferung lag, mit Ausnahme zweier Monate, immer relativ über der Auslandslieferung, d. h. die inländische Kohlenlieferung konnte, bezogen auf 1937, auf einen zum Teil wesentlich höheren Prozentsatz gebracht werden als die Auslandslieferung.

wird die Rückkehr zu den früheren Hauptlieferanten, Tschechoslowakei und Polen, vermutlich bei weitem nicht in vollem Umfang möglich sein. Eine Drosselung der deutschen Lieferungen auf das Ausmaß von 1937 würde daher zu einem katastrophalen Rückgang der Kohlenimporte führen und damit die heute schon ungenügende Versorgung unserer Wirtschaft zusätzlich verschlechtern.

Gesamtbelieferung

Die Gesamtbelieferung Österreichs mit Kohle (auf Steinkohlenbasis) im Jahre 1946 schwankt in den einzelnen Monaten sehr stark. Sie erreichte, bezogen auf 1937, im Juli mit 76,2% ihren höchsten und im Oktober mit 61,3% ihren niedrigsten Stand. Im Durchschnitt Jänner bis Dezember 1946 betrug die Gesamtversorgung 69% jener des Jahres 1937 und nur 42,4% jener des Jahres 1929 (siehe Abb. 3).

Der Kohlenverbrauch

Bei der Beurteilung der Verbrauchsziffern müssen auch die unterschiedlichen Heizwerte der verschiedenen Kohlsorten berücksichtigt werden. Da die Qualitäten je nach Herkunftsgebiet sehr verschieden sind und eine Bilanz auf Heizwert- (Kalorien)basis nicht berechnet werden kann, verwendet die Praxis heute einen einheitlichen Umrechnungsschlüssel und rechnet alle Braunkohle, ohne Berücksichtigung ihrer oft sehr verschiedenen Qualität¹⁾, im Verhältnis 2:1 auf Steinkohlenwerte um. Koks wird im Verhältnis 1:1 gerechnet. Dieses grobe Verfahren, das die oft erheblichen Qualitätsverschlechterungen gegenüber der Vorkriegszeit nicht berücksichtigt, ist derzeit die einzige Grundlage für Vergleiche. Übersicht 4 gibt einen Überblick der Verteilung der gesamten Kohlenlieferungen auf die einzelnen großen Verbrauchergruppen.

Eisenbahnen

Die Gesamtbelieferung der Staatseisenbahnen mit festen mineralischen Brennstoffen hat im Durchschnitt des abgelaufenen Jahres 60,4% des Jahres 1937 betragen (siehe Übersicht 4). In diesen Mengen sind verschiedene Kohlenaushilfen, die den Österreichischen Staatseisenbahnen von einzelnen Besatzungsmächten gegeben wurden, sowie die Versorgung mit Heizöl nicht eingerechnet. Dazu kommt noch, daß eine Verringerung der dampfbetriebenen Strecken durch die Weiterführung der Elektrifizierung seit 1937 den Bedarf entlastet hat. Bei Einrechnung dieser Faktoren, die im einzelnen allerdings nicht genau bewertet werden können, erfährt der obenstehende Prozentsatz, der die Belieferung 1946 bezogen auf 1937 ausdrückt, noch eine Korrektur nach oben, d. h. die Versorgung der Bahnen für 1946 kann etwa auf 70% des Jahres 1937 geschätzt werden.

Die Belieferung hat in den einzelnen Monaten, je nach den ausländischen Zufuhren, stark geschwankt. Sie erreichte in den Monaten Juli, August

¹⁾ Die Heizwerte der Braunkohle schwanken je nach Sorte zwischen 2.000 und 5.500 Kalorien.

Gesamtbelieferung der einzelnen Verbrauchergruppen
(auf Steinkohlenbasis gerechnet)

[Übersicht 4]

Jahr	Bahnen		Stromerzeugung		Gaserzeugung		Industrie		Hausbrand		Besatzung	Hütte Linz
	1000 t	1937=100	1000 t	1937=100	1000 t	1937=100	1000 t	1937=100	1000 t	1937=100		
1937	1.122	100,0	136	100,0	767	100,0	1.985	100,0	1.274	100,0	—	—
1946	677	60,4	168	123,2	389	50,8	1.135	57,2	852	66,8	82,45	119
1947 ¹⁾	1.138	103,2	410	300,4	480	62,6	1.715	86,4	1.047	82,2	—	630
1950 ¹⁾	1.168	104,1	386	282,8	600	78,3	1.980	99,7	1.126	88,4	—	720

¹⁾ Geschätzt

und September ihre höchsten Werte (über 80 % von 1937) und sank in den letzten Monaten des Jahres beträchtlich (Oktober 57 %, November 57 %, Dezember 65 %).

Nach den Angaben der Österreichischen Staatseisenbahnen erreichte von Juli bis Oktober die Verkehrsleistung im Direktionsbereich Wien in Bruttotonnenkilometern 67 % des Verkehrs von 1937, und zwar sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. Im Monat November sank der Personenverkehr auf 34 %, während der Güterverkehr mit 67 % auf gleicher Höhe blieb.

Diese starke Verminderung des Personenverkehrs scheint allerdings noch nicht das ganze Ausmaß der Verkehrskatastrophe aufzuzeigen, da es sehr wahrscheinlich ist, daß in diesen 34 % des Personenverkehrs noch erhebliche Leistungen mitgerechnet wurden, die nicht unmittelbar dem österreichischen Personenverkehr zugute kamen. Die Leistung im Güterverkehr, die ungefähr das Zehnfache des Personenverkehrs ausmacht, enthält die Verkehrsleistungen für die Besatzungsmächte *und* für den zivilen österreichischen Bedarf. Eine Trennung dieser beiden Gruppen, die für die Beurteilung zahlreicher wirtschaftlicher Fragen von großer Bedeutung wäre, wird aber von den Staatseisenbahnen nicht vorgenommen. Nach anderen Anhaltspunkten ist zu schließen, daß der Großteil des derzeitigen Güterverkehrs für die Besatzungsmächte durchgeführt wird. Zweifellos ist die Verkehrsleistung, die der österreichischen Wirtschaft zugute kommt, wesentlich geringer, als sie auf Grund der Kohlenbelieferung der Bahnen erwartet werden könnte.

Abgesehen davon, daß nur ein Bruchteil der von den Staatseisenbahnen vollbrachten Verkehrsleistungen der österreichischen Wirtschaft zugute kam, muß auch berücksichtigt werden, daß mit der verbrauchten Kohle aus verschiedenen Ursachen eine erheblich geringere Verkehrsleistung verbunden war als vor dem Kriege. Durch die Überalterung des Lokomotivparkes, die oft ungünstige Art der Kohle, die Notwendigkeit, die Lokomotiven häufig unverhältnismäßig lange unter Dampf halten zu müssen, weiters durch z. T. mangelhaft geschultes Personal, ebenso aber auch durch Diebstahl und Schwund, hat sich der spezifische Kohlenverbrauch (Verbrauch je Lokomotiv-Kilometer) von 23,6 kg im Jahre 1937 auf 33 kg im Jahre 1946, d. h. um rund 40 % erhöht.

Vergleicht man nun die beiden Angaben der Staatseisenbahnen, nämlich das Verhältnis von Kohlenbelieferung und Verkehrsleistung einerseits und die Erhöhung des spezifischen Kohlenverbrau-

ches andererseits, so ergibt sich, daß die gegebenen Daten nicht schlüssig sind. Denn wenn die Steigerung des spezifischen Verbrauches tatsächlich etwa 40 % betragen hat, dann hätte mit den gelieferten Brennstoffmengen (im Juli, August und September rund 80 % von 1937), noch dazu, wenn man die tatsächlich in diesen Monaten erfolgte Vorratsbildung in Rechnung stellt, unmöglich die ausgewiesene 67 %ige Verkehrsleistung (bezogen auf 1937) auf den dampfbetriebenen Strecken erreicht werden können.

Da die Höhe der Kohlenzuteilungen an die Staatseisenbahnen einwandfrei feststeht und auch die Voraussetzungen für die Erhöhung des spezifischen Verbrauches gegeben sind, muß der Schluß gezogen werden, daß die tatsächlichen Verkehrsleistungen hinter den angegebenen zurückgeblieben sind.

Der Abzug der Besatzungstruppen wird nicht nur dadurch eine fühlbare Erleichterung der angespannten Verkehrssituation bringen, daß die Verkehrsleistungen wieder ausschließlich der österreichischen Wirtschaft zugute kommen werden, sondern auch dadurch, daß die Aufhebung der Zonenwirtschaft in der Betriebsweise der Bahnen erhebliche Verbesserungen und Einsparungen ermöglichen wird.

Stromerzeugung

Für die Erzeugung elektrischer Energie wurden 1946 168.200 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung gestellt. Das sind 23,2 % mehr als 1937. Dieser Mehrverbrauch gegenüber 1937 genügt jedoch bei weitem nicht zur Deckung des Bedarfes. Die Ursachen für diese strukturelle Verschiebung sind in dem Abschnitt über Elektrizitätswirtschaft dargelegt (siehe S. 251 ff.).

Der unbedingt notwendige Bedarf an Kohle für die Elektrizitätswirtschaft wurde für 1947 mit 410.000 t berechnet, zuzüglich 100.000 bis 120.000 t Heizöl. Diese Menge würde ausreichen, um der Wirtschaft die Erfüllung ihres für das Jahr 1947 vorgesehenen Produktionsprogramms zu ermöglichen.

Gaswerke

Die Gaswerke erhielten 1946 50,8 % der Vorkriegsmenge an Steinkohle. Die durch die geringe Kohlenzuweisung notwendig gewordenen Einschränkungen in der Gasabgabe auf einige Stunden täglich bringen naturgemäß zusätzliche Verluste mit sich und führen außerdem zu Störungen in der gewerblichen Produktion. Der Gasverbrauch ist

allerdings verhältnismäßig leicht einzuschränken und zu überwachen. Für das Jahr 1947 ist an eine Erhöhung der Zuweisung an die Gaswerke auf 480.000 t gedacht, was etwa einer 60%igen friedensmäßigen Versorgung entspricht.

Industrie

Die Industrie wurde 1946 mit 57,2% ihres Verbrauches von 1937 beliefert. Diesem Durchschnitt steht eine allgemein angenommene Kapazitätsausnutzung von 30 bis 35% (bezogen auf 1937) gegenüber.

Der Arbeits- und vor allem der Energieeinsatz in fast allen Produktionszweigen läßt sich nicht in dem Ausmaß senken wie die Produktion, d. h. wenn in einem Betrieb nur mit 20% oder 30% der Kapazität gearbeitet wird, werden weit mehr als 20% oder 30% an Kohle verbraucht. Dies erklärt sich daraus, daß selbst in der nicht produktiv genutzten Zeit an vielen Stellen Energie verbraucht wird, sei es durch öfteres Anlaufen (Anheizen) oder dadurch, daß eine Anlage auch bei gekürzter Arbeitszeit dauernd betrieben werden muß, wobei dann nur ein Bruchteil der Leistung einer Kraftanlage ausgenutzt werden kann.

Dieses Mißverhältnis zwischen Kapazität und Produktion trifft heute für den Großteil der österreichischen Industrie zu. Dementsprechend wird auch die gesamte, der Industrie zukommende Energiemenge nur ungenügend ausgenutzt. Die Auswirkungen dieser unrationellen Wirtschaftsweise auf die Produktionskosten und auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit werden sich in vollem Umfang erst zeigen, wenn sich das österreichische Preissystem an das Weltmarktpreisniveau angeglichen haben wird. Da auf die Dauer durch keinerlei währungs- und preispolitische Maßnahmen eine faktisch nicht bestehende Konkurrenzfähigkeit erreicht werden kann, ist es naheliegend, heute schon an die möglichst rationelle Ausnutzung unserer Produktionsmittel zu denken und systematisch alle jene Produktionen auszuschalten, bei denen wir auch à la longue keine Aussicht haben, die erforderliche Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen.

Unter diesen Aspekten könnte die Kohlenbewirtschaftung zu einem der wertvollsten Instrumente der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung werden. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich die Bewirtschaftung selbst auf einen Produktionsplan stützen kann und (auf Grund einer brauchbaren Produktionsstatistik) den nötigen Einblick in die Produktionsverhältnisse der einzelnen Zweige und Unternehmungen sowie eine

genaue Kenntnis der Verwendung der zugeteilten Kohle besitzt. Bisher liegen die Verhältnisse allerdings so, daß die Kohlenzuteilung praktisch der Selbsteinschätzung der industriellen Verbraucher, die auf einem Formblatt ihren voraussichtlichen Bedarf anmelden, überlassen ist. Je nach den zur Verfügung stehenden Mengen werden dann die angeforderten Zahlen linear gekürzt und die gekürzten Mengen zugeteilt und zum Verbrauch freigegeben. Im übrigen besitzt die Kohlenbewirtschaftung keine Möglichkeit, sich über die Verwendung der freigegebenen Kohle ein Bild zu machen.

Es läßt sich heute noch nicht absehen, ob das vom Energiedirektorium angesichts des Zusammenbruches unserer Energiewirtschaft aufgestellte Katastrophenprogramm, das unter den mit Energie zu versorgenden Betrieben, entsprechend ihrer Lebenswichtigkeit, eine strenge Auslese trifft, den Beginn einer künftigen Wirtschaftsplanung auf dem Gebiet der Energiewirtschaft darstellt, oder ob man in dem Augenblick, wo sich erstmalig wieder eine leichte Entspannung unserer Energieversorgungslage zeigt — etwa wenn wieder reichlich Wasserkraftstrom zur Verfügung steht —, abermals in die alten Spuren des Sichttreibenlassens (bis zur nächsten Katastrophe) zurückfallen wird.

Da wir nur auf lange Sicht mit einer wesentlichen Verbreiterung unserer Energiebasis rechnen können und sich in nächster Zukunft unsere Energieimporte kaum erheblich werden steigern lassen, ist es notwendig, unverzüglich nach Wegen zu suchen, um mit den gegebenen knappen Mitteln das Höchstmaß an Leistung zu erzielen. Ohne eine sehr weitgehende Rationalisierung des Energieverbrauches wird die industrielle Produktion, die Leistung der Verkehrsbetriebe und die Versorgung unserer Haushalte in absehbarer Zukunft nicht wesentlich über das gegenwärtig niedere Niveau hinauswachsen können.

Hausbrand

Die Hausbrandversorgung stellt das komplizierteste Problem der Kohlenwirtschaft dar, da die große Anzahl der Bedarfsträger sowohl die Erhebung des Bedarfes als auch die gerechte Verteilung der vorhandenen Brennstoffmengen außerordentlich schwierig gestaltet. Wie bei jeder Bewirtschaftung, so wird auch hier durch die gleichmäßige Rationierung der Gesamtbedarf gegenüber dem Bedarf in normalen Zeiten wesentlich erhöht. Es ist eine allgemeine und viel zu wenig beachtete Tatsache, daß wir auf manchen Gebieten bewirtschaftete Güter

verteilen, deren Gesamtmenge beinahe die des Jahres 1937 erreicht, ja sie sogar überschreitet. Trotzdem aber besteht der zweifellos richtige Eindruck, daß wir an diesen Gütern noch Mangel leiden. Das vor allem deshalb, weil die Bewirtschaftung nur nach objektiven, nicht aber nach subjektiven Kriterien geführt werden kann. Andererseits ist es aber auch nicht möglich, die Bewirtschaftung dort aufzuheben oder zu lockern, wo die zur Verteilung gelangende Menge an diejenige des Jahres 1937 schon heranreicht, so lange auf den anderen Bedarfssektoren weiter eine außerordentliche Knappheit besteht.

Daß durch die Bewirtschaftung im Hausbrandbedarf eine ungeheure Steigerung hervorgerufen wird, zeigt die im Herbst 1945 durchgeführte Bedarfserhebung nach dem Punktesystem. Obwohl dabei sehr knapp bemessene Mengen zugestanden wurden, errechnete man aus den Erhebungsbogen einen Gesamtbedarf für den Hausbrand von über 4 Mill. *t*, gegenüber einem Verbrauch von rund 1,3 Mill. *t* (Steinkohlenbasis¹) im Jahre 1937. Dieses Ergebnis läßt nur den einen Schluß zu, daß durch die Erhebung viele Bedarfsträger berücksichtigt worden sind, die in den Friedensjahren überhaupt keinen, oder doch einen wesentlich geringeren Kohlenverbrauch hatten, als ihnen nach dem neuen Punktesystem zusteht. Auch die Berücksichtigung des hohen Brennholzverbrauches von 1937 (rund 2 Mill. *fm*) kann diese unwahrscheinliche Bedarfserhöhung bei Kohle nicht erklären, da die Verminderung des Brennholzverbrauches größenordnungsmäßig von der neu aufgekommenen Heizölverwendung ausgeglichen wird.

Gemessen an der Versorgung des Jahres 1937 wurden dem Hausbrand 1946 66,9% (Steinkohlenbasis) zugeteilt. Angesichts der katastrophalen Hausbrandversorgung erscheint es aber ungläubwürdig, daß dieser relativ günstige Hundertsatz allen Verbrauchern in gleicher Weise zugeteilt worden ist. Für die außerordentlich geringe Versorgung der privaten Haushalte lassen sich verschiedene Erklärungen anführen. Einmal ist für den Bedarf der Ämter und öffentlichen Bedarfsträger, die in die gleiche Verbrauchsgruppe wie die Haushalte fallen, sicherlich in weit besserer Weise vorgesorgt worden als für den Hausbrand der Bevölkerung. In den Hausbrandziffern ist ferner das Kleingewerbe mit eingeschlossen, das auch heute höhere Zuteilungsquoten erreicht, als sie für den Haus-

brand vorgesehen sind. Man darf auch nicht übersehen, daß es heute möglich ist, Kohle auf dem schwarzen Markt zum Preis von 800 bis 1.600 S je Tonne in fast beliebigen Quanten zu beschaffen. Diese sicherlich nicht unerheblichen Mengen gehen wahrscheinlich zum größten Teil zu Lasten der Hausbrandversorgung, da der Verteilungsapparat auf diesem Sektor schwer zu kontrollieren ist.

Durch das Zusammenwirken aller dieser Faktoren kann das augenscheinliche Mißverhältnis zwischen dem rein ziffernmäßig mit 66,9% günstigen Versorgungsgrad im Hausbrand und dem wirklichen Notzustand in der Brennstoffversorgung der Haushalte einigermaßen ausreichend erklärt werden.

Besatzungsmächte

Nach den Angaben der österreichischen Kohlenstelle betrug der Verbrauch der Besatzungsmächte 1946 82.450 *t* (Steinkohlenbasis), das sind 2,6% des gesamten Kohlenverbrauches in Österreich. Wenn es möglich wäre, auch jene Kohlenmengen zu erfassen, die als Verkehrsleistungen oder in den Betrieben zugunsten der Besatzung verwendet werden, würde sich zweifellos ein weit höherer Hundertsatz ergeben. Genaue Berechnungen können jedoch nicht angestellt werden, da die erforderlichen Unterlagen fehlen. Besonders in den letzten beiden Monaten des Jahres 1946 haben sich die Anforderungen der Besatzungsmächte an Brennstoffen wesentlich erhöht. Während im August nur 777 *t* angefordert wurden, waren es im November 29.740 *t* und im Dezember 28.144 *t* (Steinkohlenbasis). Im Durchschnitt der letzten beiden Monate betragen also die Anforderungen der Besatzungsmächte fast 50% der für den Hausbrand der Gesamtbevölkerung vorgesehenen Mengen.

Hütte Linz

Als neuer Großverbraucher für Steinkohle ist die Hütte Linz aufgetreten, die im vergangenen Jahr 118.700 *t* Steinkohle zur Verkokung erhielt. Es besteht die Absicht, in Zukunft die Kokseinfuhr vollständig zu drosseln und dafür in Linz auch die zweite Koksbatte in Verwendung zu nehmen. Damit soll der Koksbedarf der österreichischen Industrie gedeckt werden. Ob diese Arbeitsweise vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu rechtfertigen ist, kann in diesem Zusammenhang nicht untersucht werden. Für 1947 ist der Steinkohlenbedarf für Linz mit 630.000 *t* festgelegt worden. Von der Erfüllung dieses Bedarfes hängt das Schicksal der österreichischen Hüttenindustrie und damit auch der ihr bei- und nachgeordneten Industrien in diesem Jahre ab.

¹) Die österreichische Statistik weist den inländischen Gaskoks im Verbrauch nicht aus. Der tatsächliche Haushaltsverbrauch erhöht sich damit um etwa 300.000 *t*.

Die Elektrizitätswirtschaft

Die Erzeugung elektrischer Energie hat sich in Österreich im Verlauf des Krieges ungefähr verdoppelt. Sie stieg von rund 2,9 Mrd. kWh im Jahre 1937 (einschließlich Export) auf rund 6 Mrd. kWh im Jahre 1944. Der Ausbau der Wasserkraften konnte mit dieser riesigen Bedarfssteigerung, die zu einem großen Teil von der Kriegsindustrie ausging, nicht Schritt halten, weshalb man die bestehenden kalorischen Werke erweiterte und neue kalorische Werke erbaute. Die starke Forcierung der kalorischen Werke während des Krieges ergab sich nicht nur aus den gegenüber Wasserkraftanlagen wesentlich kürzeren Bauzeiten, sondern auch daraus, daß damals für die Kohlenversorgung wesentlich günstigere Bedingungen bestanden als heute.

Bis 1944 wurde die Leistung der kalorischen Werke um fast 75 %, diejenige der Wasserkraftwerke um rund 70 % (wovon allerdings rund 62 % außerhalb des österreichischen Verbundnetzes liegen) vergrößert. Die gesicherte Kohlenversorgung ermöglichte es, unter Ausnützung der vollen Kapazität der kalorischen Werke die Minderleistung der Wasserkraftwerke im Winter voll auszugleichen.

Die damaligen Voraussetzungen treffen heute nicht mehr zu. Die Abhängigkeit Österreichs von ausländischen Kohlenbezügen und die wesentliche Minderbelieferung mit festen mineralischen Brennstoffen gegenüber 1937 sind die Ursachen dafür, daß es unserer Elektrizitätswirtschaft vorläufig nicht gelingen kann, die jahreszeitlich bedingte Lücke in der Versorgung mit Wasserkraftstrom voll zu schließen.

Übersicht 5 zeigt die Entwicklung der gesamten Energieerzeugung nach den einzelnen Erzeugungsgruppen in den Jahren 1937 und 1946. Die Erzeugung in den Anlagen der öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) hat sich gegenüber 1937 um 80 % erhöht (einschließlich Ex-

port), die der Bahnkraftwerke um 17 %, während die Erzeugung in industriellen Eigenanlagen um 3 % zurückgegangen ist.

Die größten Schwierigkeiten der österreichischen Elektrizitätswirtschaft liegen vor allem darin, daß die Wasserkraftwerke — mit Ausnahme der wenigen Winterspeicheranlagen — infolge der wechselnden Wasserführung der Flüsse im Sommer ihre größte Leistung erreichen, der Bedarf aber in dieser Zeit am niedrigsten ist. Im Winter hingegen sinkt die Leistung der Wasserkraftwerke erheblich, wogegen der Bedarf sein Maximum erreicht. Das Verhältnis zwischen Sommer- und Winterleistung der Wasserkraftwerke ist ungefähr 60:40, das des Bedarfes 45:55. Die Schließung dieser zwangsläufig entstehenden Lücke kann die Energiewirtschaft nur mit Speicherwerken oder durch die Erzeugung kalorischer Energie herbeiführen. Die Kapazität der kalorischen Anlagen hat zwar durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse große Einbußen erlitten¹⁾, wäre aber heute bei entsprechender Belieferung mit Brennstoffen trotzdem in der Lage, den Fehlbedarf zu decken.

In Abbildung 4 werden die Erzeugung hydraulischer Energie und der Gesamtbedarf in ihrer Verteilung auf Sommer und Winter gegenübergestellt und mit 1937 verglichen. Die Darstellung zeigt anschaulich den vorhandenen Fehlbetrag. Danach hat die hydraulisch erzeugte Sommerenergie in den vergangenen acht Jahren wesentlich stärker zugenommen als die Winterenergie, d. h. der Fehlbetrag wurde unverhältnismäßig mehr vergrößert, als es der Gesamtsteigerung des Energieverbrauches entsprach. Es ist deshalb notwendig geworden, im Verbundgebiet im Winter mindestens 600 Mill. kWh kalorisch zu erzeugen. Im Falle einer weiteren Er-

¹⁾ Siehe dazu auch: „Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft“, 2. Sonderheft des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Wien 1946, S. 2 ff.

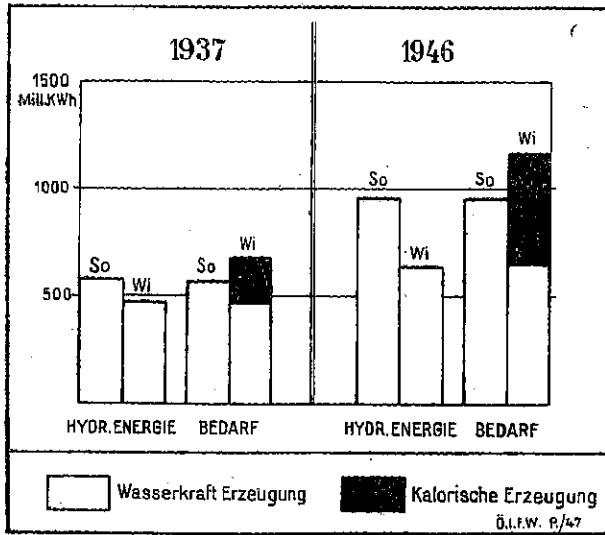
Energiebilanz 1937 und 1946 (Gesamtbilanz)

[Übersicht 5f]

Erzeugung und Bezug				Verbrauch einschließlich Verluste					
Erzeuger	1937	1946		Verbraucher	1937		1946		1946 in % v. 1937
	Mill. kWh	in % 1937			Mill. kWh	%	Mill. kWh	%	
Öffentliche Anlagen d. EVU. ¹⁾	1.406	2.520	179,2	Industrie	1.530	53,0	1.840	42,0	120,3
Industrielle Eigenanlagen . .	928	900	97,0	Bahn	242	8,4	170	3,9	70,2
Bahnkraftwerke	145	170	117,2	Haushalt	280	9,6	480	11,4	171,4
Export	413	750	181,6	Besatzungsmächte	—	—	100	2,3	—
				Sonstige	147	5,1	500	11,0	340,1
				Export	413	14,3	750	17,3	181,6
				Verluste	280	9,6	500	11,5	178,6
Insgesamt	2.892	4.340	150,1	Insgesamt	2.892	100,0	4.340	100,0	150,1

¹⁾ Öffentliche Elektrizitätsversorgungsunternehmen.

Abb. 4. Das Angebot hydraulischer Energie und der Energiebedarf im Verbundgebiet im Verhältnis Sommer zu Winter
(Natürlicher Maßstab)



Die Erzeugungsmöglichkeit der Wasserkraftwerke im Verhältnis Sommer zu Winter ist dem Bedarf an elektrischer Energie entgegengesetzt. Die Fehlmenge muß durch Speicher- oder kalorische Werke erzeugt werden.

höhung des Verbrauches in den nächsten Jahren durch Steigerung des industriellen Bedarfes müßte auch die kalorische Erzeugung weiter vergrößert werden, da die Fertigstellung der im Bau befindlichen Wasserkraftanlagen noch lange Zeit dauern wird. Da im heurigen Winter bisher die notwendigen Brennstoffmengen nicht zur Verfügung standen, konnten¹⁾ nur rund 346 Mill. kWh in Dampfkraftwerken erzeugt werden. Das außerordentliche Minus von rund 254 Mill. kWh wurde noch durch eine beträchtliche Minderleistung der hydraulischen Energie gegenüber der Normalleistung infolge der Trockenheit des heurigen Sommers vergrößert²⁾.

Nach den Ermittlungen des Energiewirtschaftskomitees beträgt der Ausfall an Winterenergie durch Trockenheit im Winter 1946/47 rund 254 Mill. kWh. Dadurch erhöht sich der kalorisch zu deckende Fehlbetrag auf rund 850 Mill. kWh. Da die Kohlenlieferungen gegen Ende des Jahres für die Energiewirtschaft zwar absolut gesehen anstiegen, trotzdem aber hinter dem notwendigen Soll ganz erheblich zurückblieben, war es nicht möglich, diesen Fehlbetrag auch nur annähernd zu decken. Durch

¹⁾ Bis Dezember 1946.

²⁾ Die Abweichungen von der Normalleistung sind ziffernmäßig schwer feststellbar, da sich die Wasserführung der einzelnen Gewässer gegenüber dem Normalstand sehr verschieden verändert hat. Die Angaben für die einzelnen Flüsse schwanken im Spätherbst zwischen einem Drittel und einem Zehntel des Regelstandes.

schärfste Sparmaßnahmen und rigorose Abschaltungen von Teilen des Verbundnetzes sollte es ermöglicht werden, wenigstens den Mindestbedarf der lebensnotwendigen Betriebe und der Straßenbahn zu sichern. Trotzdem kam es, vor allem an der Wende des Jahres 1946/47, zu immer häufigeren Zusammenbrüchen des Verbundnetzes, da der strenge Frost ein weiteres Absinken der Leistung der Wasserkraftwerke verursachte und dieser Ausfall mit den geringen Brennstoffmengen selbst bei radikaler Einschränkung des übrigen Verbrauches nicht mehr wettgemacht werden konnte. Die Folge ist ein fast völliger Stillstand der Produktion³⁾. Es ist noch nicht abzusehen, welche Schäden der österreichischen Wirtschaft durch diese katastrophartige Entwicklung zugefügt werden.

Im Jahre 1946 lag der Verbrauch an Strom im Verbundgebiet um 71%, in Gesamtösterreich um 79% über dem des Jahres 1937 (siehe Übersichten 6 und 7). Angesichts des Tiefstandes unserer Wirt-

³⁾ Durch die Stilllegungsaktion wurden (bis Mitte Jänner 1947) nach unvollständigen Angaben rund 100.000 Beschäftigte arbeitslos.

Verteilung der Erzeugung der öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen

[Übersicht 6]

Gruppe	Gesamt-österreich		Verbundnetzgebiet				
	1937	1946	1937		1946		1946 in % von 1937
	in Mill. kWh		%		in Mill. kWh		
Industrie	600	940	540	43,3	800	37,4	148,1
Haushalt	280	430	250	20,1	410	19,2	164,0
Besatzungsmächte	—	100	—	—	80	3,7	—
Sonstige	246	500	206	16,5	430	20,1	208,7
Verluste	280	500	250	20,1	420	19,6	168,0
Insgesamt	1.406	2.520	1.246	100,0	2.140	100,0	171,7

Energiebedarf nach Bundesländern 1937 und 1946
(ohne Bahn- und industrielle Eigenanlagen)

[Übersicht 7]

Bundesland	1937	1946	Steigerung 1946 zu 1937	Anteil der Länder an	
	Mill. kWh			der Kapazität der Wasserkraftwerke	dem Verbrauch d. elektrischen Energie
	in %				
Wien	380	690	81,6	0,0	27,4
Niederösterreich	105	245	131,1	2,1	9,7
Oberösterreich	300	545	81,7	7,1	21,6
Steiermark	320	405	26,6	8,0	16,1
Kärnten	80	153	91,3	10,1	6,1
Salzburg	60	102	70,0	16,1	4,0
Verbundgebiet	1.246	2.140	71,7	43,4	84,9
Tirol	110	250	127,3	22,3	9,9
Vorarlberg	50	130	160,0	34,3	5,2
Tirol-Vorarlberg	160	380	137,5	56,6	15,1
Österreich	1.406	2.520	79,2	100,0	100,0

schaft und der Einschränkungsmaßnahmen bei allen Verbrauchergruppen wirkt diese Tatsache überraschend, kann aber hinreichend erklärt werden.

Die *Industrie* hat gegenüber 1937 den Gesamtverbrauch um 20%, den Bezug aus dem Verbundnetz aber um 48% erhöht. Die stärkere Erhöhung des Bezuges aus dem Verbundnetz ist dadurch zu erklären, daß es für viele Betriebe vorteilhafter geworden ist, die notwendige Energie aus dem öffentlichen Netz zu beziehen, anstatt sie in Eigenanlagen (sofern diese kalorisch sind) selbst zu erzeugen. Die starke Kostenerhöhung der Brennstoffe und die unrationelle Ausnützung von kalorischen Anlagen bei eingeschränktem Betrieb würde die selbsterzeugte Kilowattstunde elektrischen Stromes wesentlich teurer gestalten als die aus dem öffentlichen Netz bezogene. Deshalb weist die Energiebilanz für 1946 (siehe Übersicht 5) sogar einen absoluten Rückgang der in industriellen Eigenanlagen erzeugten Energie aus. Diese Daten, die gegenwärtig nur geschätzt werden können, werden von Fachleuten sogar noch als zu hoch bezeichnet.

Die Tatsache der Verbrauchssteigerung bei gleichzeitig verminderter Eigenerzeugung der Industrie erklärt sich aus folgendem: Der Einsatz elektrischer Energie hat sich in den letzten Jahren nicht nur absolut, sondern auch relativ, bezogen auf den gesamten Energieaufwand je produzierte Einheit, erhöht, d. h. zahlreiche Fertigungen wurden auf den Betrieb mit elektrischer Energie umgestellt, bzw. es wurde der Aufwand an elektrischer Energie vergrößert. Außerdem sind zahlreiche, besonders energie-intensive Industrien neu entstanden bzw. bestehende erweitert worden. Auch für den Verbrauch elektrischer Energie gilt das schon für Kohle Gesagte, nämlich, daß die geringe Kapazitätsausnützung eine relative Erhöhung des Energieeinsatzes bedingt, da ein Teil der Anlagen auch bei geringer Ausnützung den vollen Energieaufwand erfordert. Eine Änderung dieses Zustandes kann entweder durch Erhöhung der Kapazitätsausnützung oder durch Zusammenlegung der Produktion erreicht werden.

Der Verbrauch der *Eisenbahnen* weist einen Rückgang um 30% auf, der durch die geringere Verkehrsleistung gegenüber 1937 zu erklären ist.

Der *Haushaltsverbrauch* an Strom hat sich gegenüber 1937 in Gesamtösterreich um 71% und im Verbundgebiet um 64% erhöht. Der Unterschied zwischen dem Verbundgebiet und Gesamtösterreich ist durch die wesentlich stärkere Elektrifizierung der Haushalte in den westlichen Bundesländern bedingt. Die Steigerung als solche erklärt sich durch die

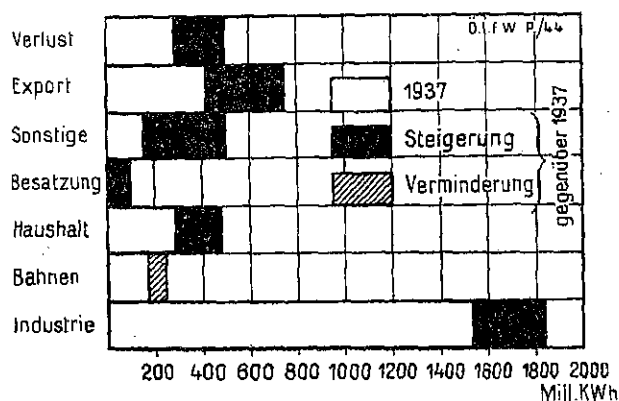
sehr beträchtliche Ausweitung des Energieverbrauches im Haushalt, vor allem beim Kochen, das bis 1937 in den östlichen Bundesländern fast unbekannt war, heute aber angesichts der Kohlenknappheit weit verbreitet ist. Innerhalb des gesamten Energieverbrauches Österreichs nimmt der Haushaltverbrauch im übrigen mit 11,4% (siehe Übersicht 5) eine sehr bescheidene Stellung ein. Auch im Verbundgebiet beträgt sein Anteil nur 19% (siehe Abb. 5).

Der Verbrauch der *Besatzungsmächte* ist für ganz Österreich mit 100 Mill. kWh ausgewiesen, das sind 2,3% des Gesamtverbrauches. Wäre es möglich, auch jene Energien zu erfassen, die innerhalb der Industrie und der Bahnen zu Leistungen für die Besatzungsmächte verwendet werden, würde sich diese Ziffer, die nur vorsichtig geschätzt werden kann, wesentlich erhöhen.

Den stärksten Anstieg gegenüber 1937 verzeichnet die Gruppe „Sonstige“, in der *Gewerbe, Landwirtschaft, Straßen- und Kleinbahnen* sowie die *öffentliche Beleuchtung* enthalten sind. Allein im Gewerbe sind seit 1937 etwa 150.000 Abnehmer neu angeschlossen worden, ebenso in der Landwirtschaft.

Diese Daten ergeben eine Vorstellung von dem Fortschritt, den die Elektrifizierung in den letzten acht Jahren auf Gebieten gemacht hat, die vielleicht weniger in die Augen springen. Nur bei einer genauen Kenntnis aller Umstellungen und Ausweitungen im Energieverbrauch würde es möglich sein, die Situation unserer gegenwärtigen Energiewirtschaft richtig zu beurteilen. Für die Beurteilung

Abb. 5. Verbrauch elektrischer Energie nach Verbrauchergruppen (Gesamtösterreich) in den Jahren 1937 und 1946 (Natürlicher Maßstab)



Die Abbildung zeigt den überragenden Anteil des Industrieverbrauches und des Exportes, die zusammen 50% der Gesamterzeugung beanspruchen.

der künftigen Entwicklung ist in diesem Zusammenhang die Feststellung wichtig, daß der gegenüber 1937 erheblich gestiegene Energieverbrauch in hohem Maße auf strukturelle Veränderungen im Verbrauchsgefüge zurückgeht. Allem Anschein nach wird sich die elektrische Energie auch in Österreich mehr und mehr neue Gebiete erobern und einen tiefgreifenden Umstellungsprozeß in der gesamten Energiewirtschaft bewirken.

Auch der *Export* elektrischer Energie hat sich gegenüber 1937 um 82% erhöht. Die exportierte Energie stammt fast ausschließlich aus Vorarlberg und Tirol. In diesen beiden Bundesländern wurde ja auch der Ausbau der Wasserkraftwerke während des Krieges am weitesten vorangetrieben. Schon beim Bau dieser Anlagen waren ihre Leistungen nicht für das innerösterreichische Verbundgebiet, sondern für West- und Nordwestdeutschland bestimmt.

Unter dem Eindruck der augenblicklichen Energienot erscheint weiten Kreisen die Nutzbarmachung der Vorarlberger Wasserkraftanlagen für das Verbundgebiet als die Rettung aus allen Schwierigkeiten. Nach einem viel diskutierten Projekt sollen bis zum kommenden Winter die Illwerke durch eine 110 kV-Leitung an das Verbundnetz in Tirol angeschlossen werden. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit dieser Leitung, deren Herstellung mit großen bautechnischen Schwierigkeiten (Gebirgspässe) verbunden ist, sind sehr geteilt. Gegen das kostspielige Projekt wird vor allem eingewendet, daß der Anschluß der im äußersten Westen Österreichs gelegenen Kraftwerke an eine 110-kV-Leitung nicht zweckmäßig sei; weil eine 110-kV-Leitung kaum ausreicht, den in den Tiroler (Achensee), Salzburger (Kaprun) und Oberösterreichisch-Bayrischen Werken erzeugten Strom rationell zu befördern. Wenn überhaupt an eine transversale West—Ost-Leitung gedacht werde, dann käme, schon aus Gründen der Vermeidung von übermäßigen Stromverlusten auf der mehr als 500 km langen Strecke, nur eine 220-kV-Leitung in Frage. Mit der Fertigstellung der 110-kV-Leitung von Kaprun zum Gerloswerk — die Transformatoren dieser Leitung eignen sich bisher nur für eine Übertragung von 40 kV — und mit dem weiteren Ausbau von Kaprun (und Ybbs-Persenbeug), womit allerdings erst in fünf bis zehn Jahren gerechnet werden kann, würde aber auch bei einem erheblich erhöhten Stromverbrauch innerhalb des heutigen Verbundnetzes eine Leitung zwischen Tirol und Vorarlberg überflüssig sein. Nach Ansicht dieser Fachleute erscheint daher die überaus kost-

spielige Heranziehung der Vorarlberger Anlagen, deren Standorte ausgesprochen exportorientiert seien, sehr problematisch.

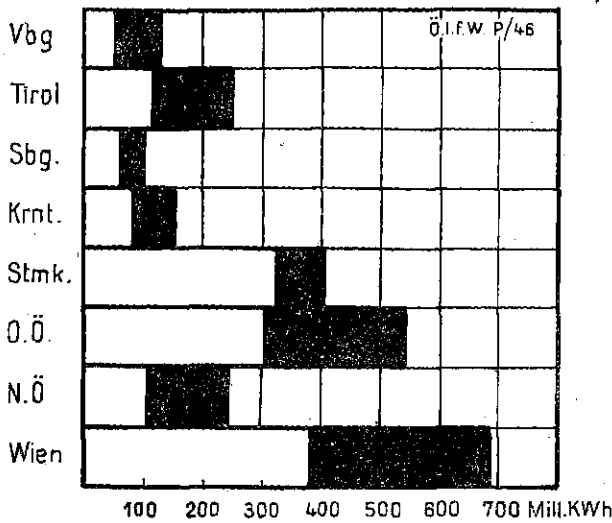
Die übrigen Exporte, die sich vor allem dort ergeben, wo das Verbundnetz durch Staatsgrenzen zerschnitten wird, wie es im Burgenland, Südsteiermark und Kärnten der Fall ist, sind unwesentlich und haben nur lokalen Charakter; sie werden außerdem durch mengenmäßig etwa gleichwertige Importe ausgeglichen.

Über die *Importe* elektrischer Energie kann im Augenblick noch nichts Abschließendes gesagt werden. Eine Einfuhr kommt vorläufig lediglich aus den beiden Innwerken Ehring und Obernberg in Frage. Da jedoch an deren Leistung Österreich nach völkerrechtlichen Grundsätzen direkt beteiligt ist, kann der Strombezug aus diesen beiden Werken nicht als eigentlicher Import bezeichnet werden.

Neben den eigentlichen Verbrauchergruppen stellen die *Übertragungsverluste* einen besonderen Posten dar. Diese Verluste sind außerordentlich beträchtlich, sie steigen naturgemäß im selben Verhältnis wie die gesamte Erzeugung. Sie sind jedoch in Österreich relativ höher als in anderen, energiewirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Ländern, da unser Verbundnetz den gesteigerten Anforderungen vielfach nicht mehr gewachsen ist. Für die Übertragung elektrischer Energie auf so große Entfernungen wie von Tirol und Salzburg nach Wien steht nur eine 110-kV-Leitung zur Verfügung, während vom energiewirtschaftlichen Standpunkt aus unbedingt eine 220-kV-Leitung verwendet werden müßte. Auch das übrige Netz kann die erhöhte Belastung oft nur unter zusätzlichen Verlusten bewältigen. Aus der Abbildung 5 ergibt sich, daß die Verluste höher sind als der gesamte Haushaltverbrauch.

Aus Übersicht 7 und Abbildung 6 ist der Anteil der einzelnen Bundesländer am Verbrauch elektrischer Energie, ohne industrielle Eigenanlagen und Bahnkraftwerke, in den Jahren 1937 und 1946 zu ersehen. Wien ist nach wie vor der größte Verbraucher elektrischer Energie. Es hat seinen Verbrauch gegenüber 1937 um 82% erhöht, Niederösterreich um 131%, Vorarlberg sogar um 160%. Die geringste Verbrauchszunahme weist die Steiermark mit nur 27% auf. Im Durchschnitt aller Länder des Verbundgebietes hat der Verbrauch um 72%, in ganz Österreich um 79% zugenommen. Die Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß den Ländern des höchsten Bedarfes die geringsten Prozentsätze der Wasserkraftleistung zur Verfügung

Abb. 6. Energieverbrauch der Länder (ohne Bahn und industrielle Eigenanlagen) in den Jahren 1937 und 1946 (Natürlicher Maßstab)



Wien, Oberösterreich und Steiermark sind die Hauptverbraucher elektrischer Energie. Auf sie entfallen über drei Fünftel des Gesamtverbrauches. Die prozentuell stärkste Steigerung des Verbrauches (schwarze Flächen) im Jahre 1946 gegenüber 1937 (weiße Flächen) weisen Vorarlberg, Niederösterreich und Tirol auf.

stehen und umgekehrt (siehe Übersicht 7). Daher fällt der Verbundwirtschaft die schwere Aufgabe zu, den optimalen Ausgleich dieser ungünstigen Struktur herbeizuführen. In Zeiten großer regionaler Spannungen zwischen Erzeugung und Bedarf ist das heutige Verbundnetz den erhöhten Anforderungen vielfach nicht mehr gewachsen. Die besonderen, durch die geographische und wirtschaftliche Struktur unseres Landes bedingten Schwierigkeiten der österreichischen Verbundwirtschaft werden durch den Bau des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug wohl gemildert, aber nicht beseitigt werden können.

Erdölwirtschaft

Die Situation auf dem Erdölsektor hat sich gegenüber 1937 durch die weitgehende Erschließung des Ölgebietes von Neusiedl-Zistersdorf grundlegend geändert. 1937 wurden in Österreich nur 33.000 t Erdöl gefördert. Zusätzlich waren folgende Einfuhrmengen

Rohöl	105.856 t
Benzin	81.477 t
Petroleum	39.010 t
Gasöl	35.359 t
Schmiermittel	7.039 t

im Gesamtwert von etwa 40 Mill. S notwendig.

Bis zum Jahre 1944 wurde die Förderung in Zistersdorf auf 1,2 Mill. t Rohöl erhöht. Über den derzeitigen Stand der Förderung stehen den zuständigen Stellen keine genauen Angaben zur Verfügung, da die Besatzungsmacht eine vollständige Kontrolle über die gesamte Mineralölwirtschaft ausübt. Schätzungen zufolge soll sich die inländische Förderung und Verarbeitung im Jahre 1946 wie folgt gestellt haben:

Rohölförderung	800.000 t
daraus erzeugt:	
Benzin	66.000 t
Schmiermittel	30.000 t

Den österreichischen Stellen werden davon etwa 60% zur Verfügung gestellt. Auch über die der österreichischen Wirtschaft tatsächlich zugeführten Mengen ist kein genaues Bild zu gewinnen. Sicher ist, daß die Versorgung mit einzelnen Erdölprodukten, wie etwa Petroleum, Gas- oder Dieselöl, einen weit höheren Stand erreicht hat als im Jahre 1937, während die Versorgung mit Benzin nur etwa 40 bis 50% des Friedensstandes erreichen dürfte. Die Gründe dafür sind, daß das österreichische Erdöl benzinarm ist und außerdem durch gewöhnliche Destillation nur etwa 6% Benzin gewonnen werden können. Durch Errichtung einer Crackanlage könnte diese Ausbeute auf rund 65% gesteigert werden, d. h. aus der derzeitigen Förderung könnten jährlich über 500.000 t hochwertiges Benzin gewonnen werden, von denen, selbst bei starker Steigerung des Inlandsverbrauches, mindestens 300.000 t ausgeführt werden könnten. Die derzeitige Ausnützung dieses volkswirtschaftlichen Kapitals erster Ordnung ist in höchstem Maße unwirtschaftlich, da der größte Teil der Förderung als Heizöl oder Gasöl, zumeist in ungeeigneten Anlagen mit geringem Wirkungsgrad, verfeuert wird, während durch den Export des veredelten Produktes ein ungleich größerer gesamtwirtschaftlicher Nutzen erzielt werden könnte.

Bei der zur Zeit üblichen Verwendung als Heizöl wird im günstigsten Fall der gleiche Heizwert erreicht wie durch dieselbe Menge Steinkohle erzielbar ist, während die Ausfuhr von Benzin auf Grund der geltenden Preisrelationen auf dem Weltmarkt das siebenfache Quantum an Kohle einbringen könnte. Das heißt, die Ausfuhr von 300.000 t Benzin würde die Einfuhr von mehr als 2 Mill. t Steinkohle ermöglichen. Dadurch könnte unsere

Energiewirtschaft auf eine viel gesündere Basis gestellt werden¹⁾).

Durch die intensivere Ausnutzung der heimischen Ölquellen hat sich die österreichische Energiebilanz wesentlich verbessert. Solange allerdings die Besitzverhältnisse in der Erdölwirtschaft ungeklärt sind, die ökonomische Verwertung dieses Naturreichtums dem Einflusse der österreichischen Stellen entzogen ist, bleibt die Verbesserung der Energiebilanz für Österreich illusorisch. Im Besitze seiner politischen und wirtschaftlichen Souveränität jedoch kann Österreich bei ökonomischer Verwendung seines Ölreichtums sein Energiebilanzpassivum auf weniger als ein Drittel senken, wobei die erfolgte

¹⁾ Der derzeitige Weltmarktpreis je Tonne Benzin ist 715,8 S, der derzeitige Weltmarktpreis je Tonne Kohle 100 S.

Aktivierung des Stromexportes noch gar nicht in Rechnung gestellt ist¹⁾).

Der jetzige Zustand bedeutet jedenfalls ökonomisch gesehen eine Vergeudung eines der wichtigsten und begehrtesten Rohstoffe, über die unser Land verfügt.

¹⁾ Im Jahre 1937 wurden für Kohlenimporte 102 Mill. S und für die Erdöleinfuhr 42 Mill. S aufgewendet. Mit den damaligen Preisen für Benzin gerechnet, ergibt sich unter der Annahme der vollen inländischen Bedarfsdeckung an Mineralölprodukten und einer Ausfuhr von 300.000 t Benzin eine Verringerung des Einfuhrbedarfes von 144 Mill. S auf 50 Mill. S. Diese letzte Summe kann durch Stromexporte um weitere 15 bis 20 Mill. S verringert werden. Da die Weltmarktpreise heute gegenüber 1937 ungefähr das Dreifache betragen, in ihren Relationen zueinander aber ungefähr gleich geblieben sind, haben dieselben Verhältnisse auch heute volle Gültigkeit.